

Rund 4600 Gesamtschulplätze fehlen

Besonders stark ist der Ansturm in Stadthagen und Hildesheim / „Ablehnung belastet Kinder“

VON SASKIA DÖHNER

Hannover. Der Ansturm auf die Gesamtschulen ist so groß wie nie zuvor, aber immer mehr Bewerber müssen abgelehnt werden. Im kommenden Schuljahr werden voraussichtlich rund 4600 Gesamtschulplätze fehlen, doppelt so viele wie im Sommer 2007. „Im Schnitt ist jeder zweite Bewerber abgewiesen worden“, sagt Gerd Hildebrandt, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG), nach einer landesweiten Erhebung, die der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vorliegt. Nach der Auswertung der Daten von 23 Schulen

steht bereits fest, dass es für mehr als 3000 Schüler keine Plätze gab. Hochgerechnet ergibt sich die Zahl von rund 4600. Vor allem das Turboabitur dürfte den Gesamtschulen jetzt zusätzlichen Zulauf gebracht haben. Denn an Integrierten Gesamtschulen können es die Schüler, anders als an Gymnasien, weiter erst nach 13 Jahren absolvieren.

Besonders krass ist die Lage an der IGS Schaumburg in Stadthagen. „Wir mussten fast 80 Prozent der Bewerber ablehnen“, sagt Schulleiterin Carola Pliska. Auf 112 Plätze hatten sich 539 Kinder angemeldet. Damit wurde die Rekordzahl von 521 Anmeldungen aus dem vergange-

nen Jahr noch übertroffen. „Bei den Eltern und Kindern ist die Frustration hoch“, meint Pliska.

Diese Einschätzung teilt auch Wilfried Kretschmer, Leiter der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim, die jüngst den Deutschen Schulpreis gewonnen hat. Seit zehn Jahren verzeichnet die Schule steigende Anmeldezahlen, aber so hoch wie jetzt waren sie noch nie: Es gab 480 Interessenten für 180 Plätze. „Es ist bitter, wenn man einem Kind, das sich mit seinen Eltern persönlich vorgestellt hat, eine Ablehnung schicken muss“, sagt Kretschmer.

Auch Landeselternratsvorsitzender Matthias Kern warnt vor den negativen

Folgen, die die Ablehnung für Kinder und Eltern haben kann. „Wenn der Fünftklässler zu einer Schule muss, die eigentlich nur Plan B ist, wird das für alle Beteiligten schwierig.“

Nach Meinung der Opposition und Lehrgewerkschaften hat Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann die Enttäuschung mit zu verantworten. Sie habe sich mit der Aufhebung des Neuerichtungsverbots für Gesamtschulen unnötig viel Zeit gelassen. Die CDU-Politikerin bestreitet das vehement. Da die Anmeldeverfahren noch laufen, sei eine seriöse Bewertung der Zahlen noch gar nicht möglich.